



aus Wiesbaden

Nr.4 – März 2000

Liebe Genossinnen und Genossen,
es ist kaum noch fassbar, mit welcher Dreistigkeit die Hessische CDU sich über jeden Anspruch an politische Moral und verantwortungsvolles Handeln hinwegsetzt. An die Rechtfertigungsversuche des Ministerpräsidenten, der immer dann aufklärt, wenn neue Enthüllungen ohnehin nicht vermeidbar sind, hat man sich fast schon gewöhnt. Aber die Dreistigkeit, mit der jetzt versucht wird, die Entscheidungen des Hessischen Wahlprüfungsgerichts zu beeinflussen, ist ohne Beispiel. Die Koalition hat mit den Stimmen von Stefan Grüttner und dem FDP-Fraktionsvorsitzenden Hahn - beide Mitglieder im Wahlprüfungsgericht - beschlossen, eine Anhörung im Landtag durchzuführen, ob die Verwendung eigenen Vermögens (andere nennen es Schwarzgeld) sittenwidrig sein kann. Genau an diesem Punkt wird das Wahlprüfungsgericht entscheiden, ob die Landtagswahl vom Februar 1999 für ungültig erklärt wird. Die Zeit für Neuwahlen ist längst gekommen

meint

Eure

Heike Habermann

Landtagsabgeordnete

Keine Zukunft für den Lärm

Drei Ausbauvarianten am Frankfurter Flughafen sind von den Mediatoren präferiert worden: die beiden Nordbahn-Varianten im Kelsterbacher und Schwanheimer Wald und die Südbahn. Alle drei würden dafür sorgen, dass die Bevölkerung Offenbachs mit zusätzlichem Lärm belastet wird. Die FAG hat inzwischen eine Plananzeige im Wirtschaftsministerium eingereicht, um alle drei Bahnoptionen überprüfen zu lassen. Einen Grundsatzbeschluss zum Ausbau des Flughafens wird der Landtag frühestens vor der Sommerpause fassen. Danach kann das Raumordnungsverfahren für diese Bahnen durchgeführt werden, in dessen Rahmen auch die Umweltverträglichkeit überprüft wird. Erst nach Abschluss dieser Verfahren muss mit der Einleitung des Planfeststellungsverfahrens eine Entscheidung über den Standort fallen. Offenbach muss deutlich machen, dass wir keinen zusätzlichen Fluglärm hinnehmen werden. Unsere Stadt und die gesamte Region kann eine Steigerung der Flugbewegungen auf 660.000 im Jahr nicht verkraften, ohne dass die Lebensqualität und die Gesundheit der Bevölkerung massiv beeinträchtigt werden. Ob Nord- oder Südbahn – es wäre die Wahl zwischen Pest und Cholera.



Im Koch-Topf brodelt's

In Wiesbaden wird seit Dezember nicht mehr regiert – in Wiesbaden wird aufgeklärt. Tag für Tag ist der Schwarze Rächer Roland Koch unterwegs und klärt brutalstmöglich auf. Bei jeder

neuen Pressekonferenz beisst einer seiner alten Vertrauten oder engsten Mitarbeiter ins Gras, damit er Ministerpräsident bleiben kann.

Als erstes hat es Manfred Kanther erwischt, auch Prinz Kasimir und Finanzberater Weyrauch zogen schnell die Konsequenzen, um seinem finsternen Aufklärerblick zu entfliehen. Im März hat der schonungslose Aufklärer erneut zugeschlagen. Generalsekretär Müller wurde als unwürdiger Mitaufklärer entlarvt und musste seinen Hut nehmen. Mit der inzwischen schon bekannten Kummermiene, voll Abscheu und ungläubigem Entsetzen über die Schlechtigkeit der Welt, gab der Ministerpräsident die Verfehlungen seines Generalsekretärs bekannt. Der „Glücksfall der Hessischen CDU“, wie Koch ihn selbst bezeichnete, hat 50000 schwarze Mark bei der Kassenführung eingeschmuggelt und dafür noch falsche Spendenquittungen ausgestellt. Vor einem halben Jahr erst von Roland Koch nach Hessen geholt hatte Müller offensichtlich mehr Einblick in die ominösen Geldtransaktionen als sein bedauernswerter ahnungsloser Chef. Das zumindest will der Ministerpräsident der Öffentlichkeit weismachen. Wie Münchhausen will er sich selbst aus dem Sumpf ziehen, assistiert von der Hessischen FDP-Vorsitzenden und stellvertretenden Ministerpräsidentin Ruth Wagner. Eines haben die beiden bei ihrem untauglichen Versuch, diese Skandalregierung notzubeatmen, allerdings vergessen: Lügenbaron Münchhausen hat nicht nur seine phantastische Rettung sondern auch den Sumpf selbst erfunden. Der Sumpf der Hessischen CDU dagegen ist leider sehr real. Und der Ministerpräsident selbst überzeugt niemanden mehr von seinen Versuchen ihn trockenzulegen.

Das Ende der Geschichte ist absehbar. Ruth Wagner wird gemeinsam mit Münchhausen Koch in diesem Sumpf untergehen.

Chancengleichheit für Menschen mit Behinderung

Eine Karawane zieht durch Europa. Von Hadamar, wo die Nazis zwischen 1941 und 1945 fast 15000 kranke und behinderte Menschen ermordet haben, bis Assisi, der Heimat von Franziskus, der sein Leben den Schwachen und Kranken widmete. Die Karawane wirbt für die Integration behinderter Menschen, für ein selbstverständliches Miteinander in Gemeinschaft. Der Weg zu diesem Ziel ist in den vergangenen Jahren in Hessen erfolgreich eingeschlagen worden. Es scheint jedoch, dass die neue Regierung ein paar Stolpersteine einbauen will. Es gibt zwar eine Vereinbarung zur Unterbringung von Kindern mit Behinderung in den Kindergärten ihres Wohngebiets, allerdings wurden die Investitionskosten, die auf die Träger der Kindergärten zukommen, nicht abschließend geregelt. Unsicherheit an den Schulen und bei betroffenen Eltern gibt auch zur Frage der Integration von Kindern mit Behinderung in Regelschulen. Das neue Schulgesetz setzt ohnehin mehr auf Aussonderung und Ausgrenzung in jeder Schulform als auf Integration und Durchlässigkeit. Laut Kultusministerin Wolff ist die Frage der gemeinsamen Beschulung behinderter und nicht-behinderter Kinder auch noch nicht endgültig entschieden. Die SPD-Landtagsfraktion diskutiert zur Zeit einen Entwurf für ein Antidiskriminierungsgesetz zur Gleichstellung Behinderter, in dem Forderungen zur Integration in Schule und Kindergarten neben Regelungen im ÖPNV und beim Wohnungsbau festgeschrieben werden sollen.

Der Setzpunkt

Wisst ihr, was ein Setzpunkt in der Landtagsdebatte ist? Es ist nicht die Bank mit den Namensschildchen der Abgeordneten, die während der Übertragung von Plenardebatten oft als leerstehendes Sitzmöbel wahrgenommen wird. Vielmehr ist es eine Verabredung im Ältestenrat, einen Antrag jeder Fraktion nach deren Wünschen auf einen bestimmten Zeitpunkt während der dreitägigen Debatte zu „setzen“ – natürlich einen den die entsprechende Fraktion für besonders wichtig und von hohem Interesse für die Öffentlichkeit hält. Diese Zeiten sind so ausgewählt, dass größtmögliche Medienpräsenz gewährleistet ist.

Während der Debatte über die gesetzten Anträge sind auch die Sitzpunkte der Abgeordneten im Saal reichlich gefüllt. Danach kehrt der graue Alltag wieder ein.
Bis bald!